

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 282-298
Tel.-Abc: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dormüts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2566-2587

Faschistische Aufmarschpläne.

Gespannte Lage in Italien.

Paris, 10. September. (Z.) Ein römischer Berichterstatter des „Paris-Soir“ macht aufsehenerregende Mitteilungen über eine bevorstehende Zusammenziehung faschistischer Abteilungen in Rom, die an den Gegnern des Faschismus blutige Vergeltung üben werden. Die Nationalfaschistische Miliz habe Befehl erhalten, am 20. und 21. September 25 000 Mann in Rom und Umgebung zu konzentrieren. Diese Konzentrierung soll in der Zeit vom 12. bis 18. September vor sich gehen. Waffen, die aus dem Depot der regulären Armee entnommen wurden, sollen an die Mitglieder der Miliz sofort nach Wiedereintreffen in Rom zur Ausstellung gelangen. Die Verteilung der Waffen hat in der Provinz bereits in der Nacht zum 6. September begonnen. Am über die Bewegung der faschistischen Truppen hinwegzutäuschen, würde am 14. und 15. d. Mts. in Rom ein Kongress der mit den Faschisten sympathisierenden Arditi abgehalten. Die Arditi werden mit den Aufgeboten der faschistischen Miliz gemeinsame Sache machen. Außerdem wird eine 4000 Mann starke Kolonne von angeworbenen Söldnern in Lucca, der siebenten faschistischen Zone nach Rom aufbrechen mit dem formellen Auftrag, gelegentlich der zu erwartenden Unruhen die Feinde des Faschismus niederzumachen.

Weiter will der Berichterstatter wissen, daß zur Finanzierung der erwähnten militärischen Operationen in den staatlichen Münzhäusern Banknoten im Werte von einer Milliarde Lire gedruckt wurden. Offizielle italienische Blätter haben, um die Verwendung des Geldes zu verfeinern, die Meldung verbreitet, daß der Betrag gelegentlich eines Einbruchs in die Münzanstalt abhandeln ge-

kommen sei. Zum Schluß behauptet der Gewährsmann des Pariser Blattes, daß seine Angaben von italienischen Blättern, insbesondere von der „Stampa“ abgedruckt wurden und lehrt die Zeitung von der Regierung wegen dieser Veröffentlichung beschlagnahmt worden sei.

Mussolini beim König.

Rom, 10. September. (Eca.) In hiesigen politischen Kreisen wird einer Unterredung große Bedeutung beigelegt, die der König von Italien mit Mussolini hatte. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Eine offizielle Mitteilung über den Inhalt der Unterredung liegt nicht vor. Es wird jedoch mit Bestimmtheit angenommen, daß sich der König mit Mussolini über die innerpolitische Situation aussprach, die in den letzten Tagen besonders infolge der drohenden Sprache der faschistischen Zeitungen ziemlich gespannt ist. Die offizielle „Tribuna“ verweist auf die allgemeine Unlust der öffentlichen Meinung, die nur durch eine energische, auf die Normalisierung hinielende Aktion behoben werden könne. Man dürfe hoffen, daß die Unterredung zwischen Mussolini und dem König Klarheit schaffen werde. Es sei jedoch notwendig, daß die oppositionellen Parteien den politischen Kampf wieder „auf den Boden des Parlaments“ trügen. (Daraus geht hervor, wie unbehagen den Faschisten der Boykott des Parlaments durch die Oppositionsparteien ist.) „Giornale d'Italia“ und „Rondo“ beschäftigen sich bezeichnenderweise mit der Bedeutung der Krone und der Dynastie im Leben der Nation.

Die Frage der Kriegsschuld.

Von Carl Rautsky.

Der deutsche Reichskanzler hat es für angezeigt gehalten, erneut die Frage der Kriegsschuld aufzurollen. Es ist zur Zeit, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht klar, ob der Kanzlerprotest bloß das Ergebnis einer momentanen Stimmung ist oder das eines wohlüberlegten Planes. Auf jeden Fall aber steht fest, daß augenblicklich nicht leicht etwas Gutes geschehen konnte, das absurder und unheilvoller gewesen wäre. Denn allgemein wird der Protest als ein Teil des Kaufpreises betrachtet werden, den die Deutschnationalen für ihren Umfall beanspruchen, und als ein Schritt der Annäherung der Regierung an die bisherigen Gegner der Londoner Abmachungen, die schließlich dafür stimmen, um ihre Mandate zu retten. Aber auch in der Erwartung, dadurch die Macht zu bekommen, die Ausführung der Abmachungen in deutscher Treue zu sabotieren.

Seit Jahrzehnten haben die Deutschnationalen es verstanden, durch ihre Brutalitäten und Treulosigkeiten alle Welt mit Haß und Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu erfüllen.

Je größer der Einfluß der Deutschnationalen in Deutschland, desto stärker Haß und Mißtrauen gegen dieses in der Welt. Eine Reuebebung dieser Stimmung, das ist die einzige außenpolitische Wirkung, die der Kanzlerprotest in der Frage der deutschen Kriegsschuld augenblicklich hervorrufen kann.

Natürlich sind nicht etwa die Deutschnationalen die einzige Partei in Deutschland, die gegen den § 231 des Versailleser Friedens protestiert. Alle deutschen Parteien, wie immer sie über die Kriegsschuld dachten, haben dagegen protestiert, daß eine entsetzliche Zwangslage dazu benutzt wurde, ein Geständnis zu erpressen, das die große Mehrheit des deutschen Volkes für falsch hielt.

Kein ernsthafter Mensch wird ein in dieser Weise zustande gekommenes Geständnis für einen Beweis ansehen.

Schlimm für Deutschland war aber nicht, daß es sein angebliches Geständnis der Schuld unterschrieb, sondern daß fast alle Welt außerhalb Deutschlands von seiner Kriegsschuld fest überzeugt war, so daß man in dem Erpressen des Geständnisses keine Ungebühr sah.

Hier, bei der allgemeinen Auffassung der Welt, und nicht bei dem § 231 des Versailleser Friedens müssen diejenigen einsehen, die Deutschlands Position verbessern wollen. Das wird aber am besten geschehen von Freunden Deutschlands, die keine Deutschen sind, und am besten durch unbefangene Klarlegung aller Tatsachen. Hohe Proteste und gar von dem Angeklagten selbst bleiben wirkungslos.

Damit sei nicht gesagt, daß von deutscher Seite in der Kriegsschuldfrage gar nichts getan werden könnte, um Deutschlands Position zu verbessern, daß alles seinen Freunden außerhalb Deutschlands zu überlassen sei.

In dieser Frage gilt es vor allem, eine große Unterscheidung zu machen: zwischen dem deutschen Volke und der Regierung Wilhelms II.

Es steht fest, und dazu bedarf es nicht der Eröffnung geheimer Archive, daß der größte Teil des deutschen Volkes den Krieg nicht gewollt hat. Die eigentliche Kriegursache, das österreichische Ultimatum an Serbien, wurde von niemand energischer bekämpft als von der deutschen Sozialdemokratie.

Nach am 29. Juli 1914 schrieb Wilhelm II. in einer seiner bekannten Randglossen über die Friedensdemonstrationen der deutschen Sozialdemokratie: „Die Sozis machen antimilitaristische Umtriebe in den Straßen; das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall. Im Wiederholungsfall werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen.“

Daß es dazu nicht kam, rührt daher, daß die deutsche Regierung klüger war als ihr Herr und fand, am Vorabend des Krieges sei es sicherer, die Sozis zu betrügen als sie einzusperren. Und das stimmte.

Die kaiserliche Randglosse beleuchtet aber bereits den tiefen Abgrund, der sich in der Kriegfrage zwischen dem deutschen Volke und dem deutschen Kaiser aufat, und wie unrecht man tut, jenem eine Verantwortung aufzubürden, die nur diesem zufällt. Allerdings hat auch Wilhelm II. den Weltkrieg nicht gewollt, nicht planmäßig herbeigeführt. Während des Krieges hatte ich an eine derartige planmäßige Herbeiführung geglaubt. Ich hatte die Herren gewallig überschätzt. Als ich durch die Revolution Gelegenheit bekam, die Akten des Auswärtigen Amtes in Berlin zu studieren, enthüllte sich mir ein ganz tolles Chaos von Dummheit, Verlogenheit, Leichtfertigkeit und Kopflosgkeit, aber keine Spur eines weitausschauenden und systematisch verfolgten Planes. Merk-würdigerweise haben die deutschen Nationalisten der verschiedensten Richtungen geglaubt, als ich dies feststellte, das als Ehrenrettung der kaiserlichen Regierung für ihre Zwecke ausbeuten zu können.

Die eigentlichen Verbrecher, die planmäßig auf den Krieg hinarbeiteten, sahen in Wien, bekämpft von der Sozialdemokratie, gestützt, ja gedrängt von den Christlichsozialen. Aber diese Verbrecher hätten es nicht gewagt, allein vorzugehen. Erst als Wilhelm plötzlich die Laune hatte, ihnen zuzustimmen, vollbrachten sie ihren Anschlag. Hinterdrein, als die Kugel schon im Rollen war, dämmerte dann Wilhelm eine Ahnung des Unheils auf, das sich vorbereitete, aber alle seine Ausbrüche von Verzweiflung und sein sprunghaftes Hin- und Herschwanken zwischen Versuchen, in Wien zu bremsen und doch Rußland und Frankreich bei dem befürchteten Zu-

Internationaler Achtstundentag.

Erklärungen von Albert Thomas.

Genf, 10. September. (W.Z.) Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, welcher nach den letzten abgeschlossenen Berner Verhandlungen zwischen den Arbeitsministern von England, Frankreich, Belgien und Deutschland über den Achtstundentag und die Ratifizierung der Washingtoner Konvention nach Genf zurückgekehrt ist, empfing heute vormittag die internationale Presse. Er sagte, der Achtstundentag werde bis heute noch nirgends wirklich strikt durch geführt. In Deutschland allerdings, wo die Bewegung für den Achtstundentag sehr stark sei, sei bis 1923 an dem Achtstundentag festgehalten worden. Besonders Verhältnisse hätten es aber dann mit sich gebracht, daß von dem Achtstundentag abgewichen wurde. Durch die Berner Verhandlungen über die Frage der Ratifikation der Washingtoner Konvention durch die vier großen Industriestaaten sei ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Deutschland werde eine Reihe von Zusicherungen erhalten, die nach seiner Ansicht auch Deutschland außer Frankreich, Belgien und England die Annahme der Konvention ermöglichen werde.

Amnestie und Befahungsbehörden.

Ein französisches Mahnwort.

Paris, 10. September. (W.Z.) „Ere Nouvelle“ schreibt: Herrriot hat in London etwas Großes getan: er hat den Deutschen des besetzten Gebietes, die sich in der Vergangenheit gegen unsere Politik aufgeschlossen haben, Amnestie gewährt. Aber der Ministerpräsident denkt und die Militärs denken. Wir erfahren in der Tat aus sicherer Quelle, daß die Amnestie nicht durchgeführt wird. In Dortmund sind die Befangenen nicht freigelassen, und die Kriegengerichte verurteilen weiter wie in den schönsten Tagen der Boincaré'schen Zeit. Wir verlieren so den ganzen Vorteil unserer Edelmütigkeit, ohne daß wir den Vorteil unserer Strenge wahren. Das Blatt ist davon überzeugt, daß dieser Appell an den Ministerpräsidenten Herrriot genügen werde, um diesem skandalösen Zustand ein Ende zu machen. Aber es sei notwendig, rasch zu handeln. Eine ernsthafteste Annäherung Frankreichs an Deutschland sei unmöglich, solange Deutschland sagen könnte, daß noch Deutsche in französischen Gefängnissen zurückgehalten würden. Es sei nötig, die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland sowohl auf moralischem als auch auf materiellem Gebiet zu organisieren. Auf moralischem Gebiet sei die Amnestie notwendig, auf materiellem ein Handelsvertrag. Wenn Herrriot dieses doppelte Werk in die Wirklichkeit umsetze, werde er nicht durch schriftliche Vereinbarungen, aber durch Taten den Vakt abgeschlossen haben, der dem Worte Friede wirklich einen richtigen und dauerhaften Sinn geben werde.

Wie wir im Morgenblatt mitteilen, hat die Befahungsbehörde inzwischen die nötigen Anweisungen gegeben.

Die 800-Millionen-Anleihe.

Französische Beteiligung.

Paris, 10. September. (Z.) Die französische Regierung hat sich, wie der „Matin“ erzählt, „unter dem Druck der amerikanischen Vorstellungen“ entschlossen, sich mit 5 Proz., d. h. mit einem Betrage von 40 Millionen Goldmark oder 2 Millionen Pfund an der Auslegung der 800-Millionen-Anleihe zu beteiligen. Ob die französischen Städte der Anleihe in den Treuhänder der Banken bleiben oder ob sie dem Publikum angeboten werden, steht noch nicht fest.

Chilenischer Primo-Putsch. In Chile ist ein mehr oder weniger rodnener Militärputsch nach Kapp'schem oder Primo de Rivera'schem Muster erfolgt. Zunächst ist die Regierung ersetzt worden durch ein paar Generale, Admirale und Konzeptionsjuristen. Sodann ist auch der Präsident der Republik zurückgetreten. Es herrscht Ruhe, aber auch Jenseit...

Hymans gegen Apponyi.

Heftige Reden in Genf.

Genf, 10. September. (Eca.) Während der heutigen Völkerbundssitzung wurden heftige Reden gegen die gestrige Rede des ungarischen Delegierten Graf Apponyi gehalten, der verlangt hatte, daß sämtlichen Staaten das Recht zugesprochen werden soll, Streitigkeiten unmittelbar vor den Rat zu bringen, ein Recht, das zurzeit nur den Ratmitgliedern zusteht. Dagegen trat der Vorsitzende des Völkerbundes Hymans auf, den, wie verlautet, Polen und Tschchoslowakei gebeten hatten, Apponyi eine Abfuhr zu erteilen. Hymans stellte das Auftreten Apponyis als eine Beleidigung des Rates hin und verneinte das Vorhandensein einer Notwendigkeit, die gegenwärtig günstige Prozedur bei Vorbringen von Beschwerden vor den Rat zu ändern. Während der Rede Hymans erschien im Saal der österreichische Vertreter, dem von der Völkerbundversammlung eine stürmische Ovation bereitet wurde, was um so mehr bemerkt wurde, als die ganze heutige Sitzung von Angriffen gegen Ungarn, einem der besiegten Staaten, ausgefüllt war.

Kompromißformel in der Abrüstungsfrage.

Genf, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Das wahrscheinliche Ergebnis der Verhandlungen über die Abrüstungsfrage wird eine internationale Abmachung sein, die alle Rechtsstreitigkeiten dem hanger Schiedsgerichtshof überweist. Die politischen Streitfälle sollen in Zukunft einem besonderen, noch zu schaffenden Gerichtshof unterbreitet werden. Als Kompromißformel zwischen dem englischen und französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage werden die im Völkerbundspakt vorgesehenen Sanktionen gegen Angreifer eine bedeutende Verschärfung erfahren. Man würde damit den französischen Sonderwünschen und denen der kleinen Entente entgegenkommen, die bei solchen Garantien zu Zugeständnissen in der Abrüstungsfrage bereit sind. Die Frage bleibt allerdings offen, ob diese Lösung die extremen Richtungen einer bedingungslosen Abrüstung befriedigen wird.

Linksblock und Verwaltung.

Zahlreiche Neuernennungen in Frankreich.

Paris, 10. September. (W.Z.) Das Amtsblatt veröffentlicht morgen eine größere Anzahl von Neuernennungen von Verwaltungsbeamten. Die Liste umfaßt 10 Generalsekretäre, 17 Unterprefekten und 40 Präsektarräte.

Wahlvorbereitungen in England.

Neuwahlen wahrscheinlich im Frühjahr.

London, 10. September. (W.Z.) Die Blätter beschäftigen sich allgemein mit der Möglichkeit von Neuwahlen. Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt, daß die Regierung die irische Bill ohne Schwierigkeiten durchbringen werde. Tagegen sei die Aussicht auf Annahme des russischen Vertrags sehr das Parlament sehr zweifelhaft. MacDonald werde eher schwerlich geneigt sein, diesen Vertrag angesichts seiner Unpopulartät zur Wahlparole zu machen und werde die Wahlen bis zum nächsten Frühjahr hinauszögern. Auch „Morning Post“ glaubt an Neuwahlen im nächsten Frühjahr. Einstweilen wird von allen drei Parteien eine lebhafte Propaganda betrieben. Die Sozialisten werden etwa 200 Versammlungen im Lande abhalten. Auch die Unionisten führen den Feldzug mit vollem Eifer. Die vor-maligen Minister spielen dabei eine führende Rolle, darunter Baldwin, Balfour, die beiden Chamberlains, Sir Robert Horne und andere. Vom 1 bis 3. Oktober wird die Liberale Partei in New Castle ihre Jahresversammlung abhalten. Die Liberalen haben ebenfalls zahlreiche Versammlungen angekündigt, auf denen Lloyd George, Asquith, Lord Grey und Mac Donnara sprechen werden.

sammenstoß militärisch zuvorkommen, konnten die verfahrenere Situation nicht mehr retten.

Wollten die Sieger ein moralisches Richteramt übernehmen, dann dürften sie nicht das deutsche Volk anklagen, sondern Wilhelm II. Allerdings nicht ihn allein, sondern auch die Minister Franz Josefs, die ihn durch verlogene Vorpiegelungen in den Krieg getrieben haben.

Im § 227 des Versailler Vertrages stellten denn auch die alliierten und assoziierten Mächte „Wilhelm II. von Hohenzollern, ehemaligen Kaiser von Deutschland, öffentlich unter Anklage wegen Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge“.

Ein Sondergericht von vier Richtern sollte seine Schuld beurteilen. Es ist natürlich nie dazu gekommen. Nach welchem Strafkodez sollte man auch den Angeklagten richten? Immerhin hätte der Prozeß Bedeutung gewinnen können dadurch, daß dem Angeklagten alle Bürgerrechte freier Verteidigung zugesichert wurden. Da hätte man zum erstenmal in der Kriegsschuldfrage den Austausch von Rede und Gegenrede hören können.

Merkwürdigerweise haben die Sieger, denen nichts höher steht als die Heiligkeit der Verträge und die an keinem der anderen Paragraphen des Versailler Vertrages tippen lassen, den § 227 ganz in Vergessenheit geraten lassen, obwohl seine Durchführung die Kriegsschuldfrage wohl hätte erhellen können. Dafür haben sie ein paar Paragraphen später, ohne jegliche Beweisführung und ohne dem Angeklagten die Möglichkeit der Verteidigung zu geben, das deutsche Volk in Vausch und Wogen als Schuldigen am Kriege bezeichnet; Ankläger, Richter und Helfer in gleicher Person.

Der schuldige Kaiser wurde geschont, das unschuldige Volk aufs schwerste bestraft. Die siegreichen Demokratien versuhren immer noch nach dem Horazischen Satze: Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi (Wenn immer die Könige rasen, das Volk bekommt für sie die Prügel).

Die deutschen Regierungen erleichtern den Siegern allerdings das Tun, wenn sie sich selbst hüten, zwischen dem Kaiser und dem Volke zu unterscheiden. Sie glauben, das deutsche Volk zu entlasten, wenn sie die kaiserliche Politik verteidigen. Aber sie belasten es dadurch nur mit der Verantwortung für diese Politik, die unverantwortlich war.

Man mag bei ihrer Bewertung über einzelne Details streiten, ihr Grundzug steht fest, und keinem Reichskanzlerprotest, so emphatisch er sein mag, wird es gelingen, an der allgemeinen Politik Wilhelms etwas zu ändern.

Eine günstigere internationale Atmosphäre in der Kriegsschuldfrage wird das deutsche Volk erst dann erlangen, wenn seine Regierungen entschieden und unzweideutig von Wilhelms Politik von 1914 abrücken. Das ist es, was einer deutschen Regierung der Republik obliegt, die auf die Kriegsschuld zu sprechen kommt, und nicht ein Protest gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrages.

Das bedeutet aber entschiedenen Kampf gegen die Deutschnationalen. Sie sind die eigentlichen Schuldigen am Weltkrieg, soweit die deutsche Politik für seinen Ausbruch verantwortlich ist. Die Beherrschung des deutschen Volkes durch diese engstirnigen brutalen Junker, die von der Welt nichts kennen als ihre ostelbischen Jagdreviere und glauben, jedes Problem lasse sich mit einem Faustschlag lösen, ist seit einem Jahrhundert das Verhängnis des deutschen Volkes und der Welt, in der es eine so hervorragende Rolle spielt.

Ihre Herrschaft in Deutschland war eine Gefahr für ganz Europa, solange das Reich den stärksten Militärstaat bildete. Heute, wo es militärisch völlig ohnmächtig ist, bildet das Ueberwiesene ihrer Denkweise die größte Gefahr für das deutsche Volk selbst. Aber es scheint, daß die bürgerlichen Parteien Deutschlands, auch wenn sie die Gefahr erkennen, nicht die Kraft besitzen, mit ihr fertig zu werden. Die Deutschnationalen haben zu lange Deutschland regiert, als daß sie nicht jeder der bürgerlichen Parteien etwas infiziert hätten, die unter dem Kaiserreich gestrebt hatten, an die Regierung zu kommen.

Die Sozialdemokratie allein dürfte die Kraft besitzen, die Deutschnationalen in die Enge zu treiben, sie zur Be-

deutungsfähigkeit zu verurteilen und damit die Kriegsschuldfrage die beste Lösung zu geben: die, ihr alle praktische Bedeutung zu nehmen und sie zu einem bloßen Problem für Historiker zu machen.

Das deutsche Wesen, es kann nur am Siege der Sozialdemokratie genesen.

Noch nicht!

Wer führt die Deutschnationalen?

In der Deutschnationalen Partei ist der Kampf zwischen dogmatischem Radikalismus und grundsätzlicher Opportunismus in vollem Gange. Er führt zu einer Selbstzerfleischung und muß dazu führen, da die inkonsequente Stellung dieser monarchistischen Partei gegen die Republik eine Verbindung von Behauptung der großen Grundsätze der Partei und von Anerkennung staatspolitischer Notwendigkeiten ausschließt. Sie hat nur die beiden Wege: zu erstarren als unfruchtbare, dogmatisch gebundene extreme Oppositionspartei oder durch die Kapitulation vor der sich durchziehenden Politik ihrer Gegner politisch abzugeben.

Bei den inneren Auseinandersetzungen der Deutschnationalen verschwinden für die an die Demagogie der deutschnationalen Opposition selbst Glaubenden alle politischen Probleme außerhalb des inneren Parteiproblems. Das politische Problem wird zum organisatorischen Problem, zur reinen Parteimachfrage. Das Instrument der Politik interessiert die Unentwegten mehr als die Politik selbst.

Die „Deutsche Zeitung“ bemüht sich, die Führung in diesem inneren Parteikampf zu erhalten. Unter der Ueberschrift: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ schreibt Max Maurenbrecher über den „Frenkel vom 29. August“. Die nahe Berührung, in die Deutschnationale und Nationalsozialisten mit den Kommunisten gekommen sind, hat abgefordert. Die politische Methode, die Herr Maurenbrecher in seinem Aufsatz über die Führung des Kampfes gegen die Ja-Sager empfiehlt, ist die allen Sozialdemokraten wohlbekannte Zellenbautaktik der Kommunisten mit allen ihren Requiriten. Maurenbrecher will gemeinsam mit den Nationalsozialisten schlagen — auf die Ja-Sager bei den Deutschnationalen. Aber er will getrennt marschieren — die Nationalsozialisten außerhalb der Deutschnationalen Partei, nein der Partei selber. Er will den nationalsozialistischen Gedankengängen die Deutschnationale Partei erobern, während die Nationalsozialisten sie zertrümmern wollen. Kampf um den äußeren Rahmen für das Dogma. So heißt es bei Maurenbrecher:

„Wir leugnen nicht, daß wir bisher trotz all solcher, oftmals scharfer Kritik im einzelnen, im ganzen doch immer noch in der Deutschnationalen Volkspartei die vergleichsweise beste Stelle gesehen haben, um der nationalen Opposition zu dienen, und daß wir daher seit Jahren alle Abspaltungen von dieser Partei als taktische Fehler beurteilt haben.“

Zunächst muß rückhaltlos ausgesprochen werden, daß der Aufsatz des Herrn v. Graefe-Goedebue eine glänzende Verteidigung der nationalen Opposition ist und in allen seinen Teilen, mit Ausnahme des eben zu besprechenden Punktes, von uns durchaus mitunterzeichnet wird.

Zunächst steht doch fest, daß bei der entscheidenden Abstimmung die Mehrheit der Fraktion auch sehr wohl mit Nein gestimmt hat. . . . Warum sollen wir nun diese Partei verlassen, von der wir doch wissen, daß immer noch die überwältigende Mehrzahl der Wähler auf dem Standpunkte einer nationalen Opposition mit uns gemeinsam steht? Die richtige Lösung wäre doch die, daß wir innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei darum kämpfen, die Ja-Sager beiseite zu drücken, die Leitung der Partei und der Fraktion in andere, nämlich in festere Hände zu legen, und dann den gesamten geschlossenen Parteiapparat mit allen seinen sechs Millionen Wählern und seiner 105 Abgeordneten der nationalen Opposition wieder zuzuführen. . . . Herrn v. Graefe aber und seinen vorläufigen Abspaltungsvorschlag gegenüber müssen wir be-

tonen, daß für uns ein Grund zum Austritt aus der Partei bis heute noch nicht gegeben ist. . . .

Ist es uns nicht gelungen, bis zur nächsten Wahl die Führung in der Partei und in den Fraktionen für unsere Gesinnungsgenossen zu erringen, dann bleibt uns zu gegebener Zeit immer noch möglich, als geschlossener Körper aus der Deutschnationalen Volkspartei auszutreten und dann als selbständige Partei die Vereinigung mit den Nationalsozialisten zu einer einheitlichen Front zu versuchen.“

So weit ist diese Auslassung interessantes Material für den Beobachter der Parteiformierungen und Umgestaltungen. Darüber hinaus aber ist sie von größtem innerpolitischen Interesse. In der Deutschnationalen Partei ist ein wütender Kampf um die Führung im Gange, während gleichzeitig die Leitung der Partei nach der Teilnahme an der Reichsregierung drängt auf Grund der parlamentarischen Stellung eines Teils der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die sie selbst nicht billigt. Wer wird den Kurs der deutschnationalen Politik fortan bestimmen? Die „Deutsche Zeitung“ ruft nach der Beschleunigung der Entscheidung in der Deutschnationalen Partei, sie will den Reichsvertretertag der Deutschnationalen auf einen früheren Zeitpunkt einberufen haben. Eine klare und rasche Entscheidung der Deutschnationalen ist allerdings nötig. Die Deutschnationalen muß wissen, was bei den Deutschnationalen vorgeht. Es wäre doch interessant zu wissen, ob im Grunde genommen die Parteifreunde des Herrn Stresemann nur die Geschäfte des Herrn v. Graefe besorgen.

Nationale Gesinnung.

Die alte verächtliche Methode.

Die „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich mit dem General v. Deimling. In jener niedrig-gehässigen Weise, die sie von jeher auszeichnet, verucht sie seine Gesinnung herabzusetzen: „Herr v. Deimling sieht da, wo er heute hingehört. Wir verachten auf eine Gemeinschaft mit ihm. Denn uns trennt nicht der Kostengeist, sondern die nationale Gesinnung von ihm.“

Für die „Kreuzzeitung“ ist nationale Gesinnung gleichbedeutend mit reaktionärer Gesinnung. Trotzdem die verächtliche Methode des Abprechens der nationalen Gesinnung von den Nationalsozialisten gegen sie selbst angewandt wird, können die Deutschnationalen von dieser Methode nicht lassen. Jeder anständige Mensch wird über die Anwürfe von dieser Seite, die mit ihrer patentnationalen Gesinnung Handel treibt, mit Verachtung hinweggehen.

Die reinen Hände des Herrn v. Kemnitz.

In seiner Ausgabe vom 30. August veröffentlichte das Landbündlerorgan „Land und West-Sternberg“ einen Artikel des deutschnationalen Reichstagsabg. v. Kemnitz, der am 28. August bereits in der „Frankfurter Ober-Zeitung“ erschienen war. Der Artikel setzt sich für die Ablehnung der Dawes-Gesetze ein und schließt, wie wir schon mitteilten, mit den Worten:

„Ich habe Verfall mit allen meinen schwachen Kräften bekämpft, ich habe das Londoner Ultimatum nicht unterschrieben, ich werde auch den neuen Vorkonvention von London verwerfen. Ich will meine Hände behalten, ich will nicht mitschuldig werden an dem Zusammenbruch unseres Vaterlandes.“

Wie muß es den Lesern des „Land und West-Sternberg“ zumute gewesen sein, als sie erfuhrten, daß der „Kaiserliche Gesandte z. D.“ und R. d. R. v. Kemnitz am Tage vor dem Erscheinen des Artikels im „Land und West“ bereits mit 47 Fraktionskollegen für die Annahme des „neuen Vorkonvention von London“ gestimmt hatte!

Professor Moriaud gestorben. Die deutsche Regierung ließ sich heute bei der Beerdigung des in Genf verstorbenen Präsidenten des deutsch-belgischen Schiedsgerichts und anderer Schiedsgerichtspräsidenten, Professor Moriaud, durch Konsul Boenzgen vertreten, der den Hinterbliebenen die Anerkennung und den Dank der Regierung und der deutschen Staatsvertretungen in den Schiedsgerichten für die großen Verdienste und die Unparteilichkeit des Verstorbenen aussprach. — Moriaud war auch als Anwalt von Krupp in dem Kriegsgerechtigkeitsprozeß im vergangenen Jahre tätig gewesen und hat damals seine Entrüstung über das Schiedsurspruch in flammenden Worten zum Ausdruck gebracht.

In welchem Sarg gehörest du?

Von Karl Fischer.

Im letzten Schloßhof hat keiner Tischen, heißt ein Sprichwort, das damit behauptet, nach dem Tode hören alle Unterschiede auf, nach dem letzten Atemzug sind alle Menschen gleich.

Das ist sehr hübsch gesagt von dem Sprichwort, es sieht auch sehr geistvoll, ja geistreich aus, aber das Leben springt leider respektlos über die Wahrheit des Sprichworts hinweg und belacht uns, daß im Gegenteil auch die Toten nach den strengen Regeln von Rang und Stand sich zu richten haben.

Ordnung muß nun mal sein, im Leben nicht nur, sondern auch unter den Toten.

Man hat heute ein ganzes, großes System von Rassen und Klassen der Abgeschiedenen ausgeklügelt und das stolze Gebäude mit den feinsten Details ausgeschmückt.

Um sich recht einprägsam von den Rangunterschieden im Reich der Toten zu unterrichten und die schöne Seele dieses Systems unverfälscht zu sehen, muß man die Prospekte der vielen Begräbnisversicherungs-gesellschaften in die Hand nehmen, die jetzt überall bläue, weil die meisten Menschen berechnete Angst haben vor den Kosten, die ihnen die Kirche beim Ableben auferlegt.

Der österreichische Dichter Rainer Maria Rilke hat mal gesagt:

O Herr, gib jedem seinen Tod,
das Sterben, das aus jenem Leben geht,
darin er Liebe hatte, Sinn und Not.

Heute hat man andere, „höhere“ Sorgen, heute heißt es: in welchem Sarg gehörest du?

Darüber besprechen, wie gesagt, die Prospekte der Begräbnisversicherungs-gesellschaften ganz prächtig, und ihre Verkäufe ist lustig, trotzdem vom Sterben und vom Tod die Rede ist.

Also zunächst mal die Rassenunterscheidung der Toten. Sie scheint sehr sauber nach chinesischem Muster gearbeitet zu sein, obwohl man sich heute in China die Rasse blutig feilscht, anscheinend weil die jahrelangste Eingruppierung aller Menschen nicht mehr ganz auf der Höhe ist. Die Chinesen sollen sich ob ihres Unabwands gegen die Rangordnung, die sicher der liebe Gott selbst einmal gemacht hat, schämen. Da sind wir doch wirklich bessere Menschen, die nicht nur Rassen und Kosten unter den Lebenden haben, sondern auch den Begräbnisversicherungs-gesellschaften dafür Dank wissen, daß sie unter den Toten eine reinliche Scheidung vorgenommen haben.

Es gibt nämlich acht Klassen und jede Klasse hat ihren besonderen Sarg.

In der untersten Klasse für die Unbemittelten mit ganz geringen Beiträgen ist der Sarg 62 Zentimeter hoch. Dazu gibt es einen Leichenwagen dritter Klasse. In einer etwas besseren Klasse

ist der Sarg 82 Zentimeter hoch und Leichenwagen zweiter Klasse, noch in einer höheren Klasse ist der Sarg 100 Zentimeter hoch und dazu gibt es noch 100 M. bares Geld. In der höchsten und besten Klasse endlich ist der Sarg 105 Zentimeter hoch. Er heißt Parade-sarg, und dazu hat man Leichenwagen erster Klasse und 200 M. bares Geld.

Ist das nicht sinnvoll erdacht, da doch im Leben auch die einzelnen Menschen in den verschiedensten und im Preis unterschiedlichsten Wohnungen gehaust haben?

So, und nun, lieber Leser, suche dir den Sarg aus, in den du mal hineingehörst.

Solltest du aber in dieser langen Liste nichts Passendes finden, weiß alles für dich noch zu prunftoll ist, verzage nicht.

Es gibt nämlich noch einen Sarg, der ist noch unter der letzten und billigsten Klasse.

Dieser Sarg ist nur 55 Zentimeter hoch.

Aber zu dem möchte ich dir selber nicht raten!

„Sumurun“ im Deutschen Theater. Als erste Tat der Winter-spielzeit bringt das Deutsche Theater eine Renaissance der Pantomime „Sumurun“ von Friedrich Frells: Farbentreibende Bühnenbilder, dampfverhaltene Musik, Gaukelspiel prächtig geschmückter Haremstfrauen schufen eine Märchenwelt von orientalischer Fauber. Die Regie des Tänzers Ernst Raitan hatte die Auf-führung auf das Spielerische und Tändelnde eingestellt. Eine Augen-weide und ein Ohrenschmaus. Aber mehr war es nicht. Frells Pantomime hat das Unglück, nach 15 Jahren nochmals auf die Bühne zu kommen. Der Film mit seinen reichen Möglichkeiten hat ihn über-holt. Er hat es leichter, eine Traumphantasie mit ihren Wundern und der Entzücktheit aus Zeit und Raum zu einem Erlebnis zu gestalten. Auch die Tanzkunst des Ernst Raitan, der einen buchtigen Gaukler darstellte, und der leichtfüßigen entzückend anzusehenden Raita Sterna sind von den modernen Tanzbestrebungen überholt. Was wir sahen, war nicht in Körperbewegung ausgehender Rhythmus, sondern tänzerische Illustration gedanklicher Vorgänge. Daher blieb trotz all der Sinnereicht im Zuschauer ein Gefühl der Leere. Keine Freude vermittelte nur Walter Killa, eine Verkörperung traum-hafter Besessenheit.

Der Komponist Viktor Holländer, Ernst Stern als Schöpfer der prächtigen Bühnenbilder und die Hauptdarsteller wurden stürmisch gerufen.

Die Zeitung als Zeitpiegel. In der amerikanischen Zeitschrift „Editor and Publisher“ veröffentlicht Paul W. Witte einen Aufsatz, in dem er untersucht, welchen Raum die einzelnen Sparten in einer durchschnittlichen amerikanischen Zeitung einnehmen. Er wurde zu dieser Arbeit durch eine ähnliche Veröffentlichung angeregt, die vor 25 Jahren der Professor Wicog unternommen hat. Witte hat 110 verschiedene Zeitungen in 63 verschiedenen Städten zur Grundlage seiner Beobachtungen gemacht; er hat insgesamt 19 200 Seiten geprüft und zwei Nummern einer jeden Zeitung vorgenommen, um

zunächst ein Durchschnittsmaß zu gewinnen. Wicog hat damals ebenfalls 110 Zeitungen in 14 verschiedenen Städten studiert. Der Vergleich ergibt folgende Statistik: 1899: 1. Neuigkeit 55,3 Proz., und zwar Kriegsnachrichten aus dem amerikanisch-spanischen Feldzug: 17,9 Proz. Allgemeine Neuigkeiten 21,8 Proz., darunter: Politik 6,4 Proz., Verbrechen 3,1 Proz., ausländische Neuigkeiten 1,2 Proz., Verschiedenes 11,1 Proz., keine Tagesereignisse 6,2 Proz., Sport 5,1 Proz., Gesellschaftliches 2,3 Proz., 2. Illustrationen 3,1 Proz., 3. Literatur 2,4 Proz., 4. Meinungsäußerungen: 7,1 Proz., und zwar Leitartikel 3,9 Proz., Mitteilungen aus dem Publikum 3,2 Proz., 5. Anzeigen 32,1 Proz. Das Jahr 1924 ergibt folgende Ziffern: Neuigkeiten 40,5 Proz., davon: allgemeine Neuigkeiten 22,1 Proz., hiervon: Ausland 2,3 Proz., Politik 6,5 Proz., Verbrechen 4,9 Proz., Verschiedenes 8,4 Proz.; besondere Neuigkeiten 18,4 Proz., davon: keine Tagesnachrichten 7,8 Proz., Sport 7,4 Proz., Theater 1,5 Proz., Gesellschaftliches 0,8 Proz., Radio 0,9 Proz., 2. Illustrationen 5,7 Proz., 3. Literatur 5,3 Proz., 4. Meinungsäußerungen: 2,7 Proz., und zwar: Leitartikel 2,2 Proz., Mitteilungen aus dem Publikum 0,5 Proz., 5. Anzeigen 45,8 Proz. Diese Statistik, die auf den ersten Blick durch eine gewissen Trockenheit abstoßend wirken könnte, vermittelt besser als eine lange theoretische Abhandlung die Kenntnis von dem Wesen der amerikanischen Presse. Neuigkeiten mit 40,5 Proz., Anzeigen mit 45,8 Proz. und Meinungsäußerungen mit nur 2,7 Proz.; diese Zahlen sprechen für sich selber.

Das „Röhrenkleid“. Der neueste Modenbericht lautet: Der Schnitt der neuen Herbstkleider übertrifft an gradliniger, enger und schmaler Form alles, was bisher in der Mode geleistet worden ist. Die Damen sind in diese äußerst kurzen Kleider nicht mehr wie in Röcke, sondern wie in Röhren eingeschlossen, und deshalb hat man dem neuen Stil den Namen „Röhrenkleid“ verliehen. Die Bewegung ist in diesem engen Futteral nicht leicht, da die Trägerin bei jeder Bewegung fürchten muß, aus dieser künstlichen Haut herauszuplätzen. Die Kermel sind sehr kurz oder fehlen völlig. Bei den Abendkleidern ist der vordere Ausschnitt verhältnismäßig hoch; im Rücken aber geht der V-förmige Ausschnitt fast bis zu jenen Tiefen herab, in denen der Rücken aufhört. Die Modefarbe dürfte Mahagonibraun werden.

Die Orgelkonzerte der Volksbühne, bei denen Günter Ramon, Organist an St. Thomas-Kirche, Werke von Bach und Werke von Komponisten vor Bach zum Vortrag bringen wird, finden nicht wie gewöhnlich angegeben, am 13. und 20. Oktober, sondern am 13. und 20. September statt.

Namensänderung des Märkischen Wandertheaters. Der Vorstand der Gesellschaft für Volksbildung hat beschlossen, ihre Wanderbühne von jetzt ab Runkelbühne der Gesellschaft für Volksbildung zu nennen, weil der bisherige Name der Tätigkeit nicht mehr entspricht und auch weil andere Wandertruppen mit ähnlich klingendem Namen sich aufgeben haben.

86 Prozent der Petersburger Kinder tuberkulös. Das Gesundheitskommissariat hat eine Untersuchung der Tuberkulose von Petersburg auf Tuberkulose vorgenommen. Nicht weniger als 86 Prozent der schulpflichtigen Kinder sind als tuberkulös bezeichnet. Das Kommissariat berichtet, daß es keine Arbeiterfamilie getroffen habe, wo nicht tuberkulöse frunkte Mitglieder vorhanden wären.

Der Graff-Mörder geflüchtet.

Stettin, 10. September. (TU.) Heute früh sind aus dem Stettiner Gerichtsgefängnis vier Gefangenen entwichen, darunter der aus dem Graff-Prozess bekannte, wegen des Mordes an einem Belgier zum Tode verurteilte Schupo-Beamte Kaws. Einer der Entflohenen konnte bereits wieder gefasst werden. Kaws befindet sich noch auf freiem Fuße.

Diese Flucht wird den Deutschnationalen sehr gelegen kommen. Die Belgier haben bekanntlich die von ihnen wegen des Mordes verurteilten angeblich unschuldigen Schupo-Beamten von der allgemeinen Amnestie ausgenommen. Deren Begnadigung sollte durch besondere Verhandlungen erwirkt werden unter Hinweis auf die in Stettin erfolgte Verurteilung der wirklichen Täter. Daß jetzt die Flucht des verurteilten Schupo-Beamten möglich wurde, dürfte in Belgien als eine neue deutsche Bösartigkeit ausgelegt werden. Wir erwarten strengste Untersuchung, wenn für die Fluchtmöglichkeit die Verantwortung trifft, und dann rücksichtsloses Vorgehen gegen jede böswillige oder fahrlässige Begünstigung der Flucht.

Marx und Stressemann Hochverräter!

Dinter wiederholt seine Behauptung.

Die Esser-Streicher-Gruppe der Völkischen hatte sich für Dienstag den abgelehnten thüringischen Fraktionchef Artur Dinter zu einer Versammlung kommen lassen. Zu Beginn seiner Ausführungen betonte Dinter, daß er von Hiller als dessen Vertreter für Thüringen aufgestellt worden sei, dessen allein richtiges Programm er trotz aller Anfeindungen auch im eigenen Lager durchzuführen werde. Die ganzen heutigen Staatsmänner taugten nichts; der eigentliche wirkliche Staatsmann, den Deutschland besitze, sei im Gefängnis. Zu seiner Strafverfolgung wegen Verleumdung der Reichsregierung erklärte Dinter, daß er sich freue, vor dem Staatsgerichtshof beweisen zu können, daß Marx und Stressemann Hochverräter seien, und vor aller Welt behaupten er dies heute noch einmal.

Funktionär Hestermann.

Halle, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) In Halle fand dieser Tage noch ein Prozeß aus der Zeit des Rathenau-Mordes statt, bei dem der zur kommunistischen Arbeiterpartei gehörige Angeklagte Jäger zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er angeblich einen ihn angreifenden Bismarck-Bändler geschlagen hatte. Für diesen Jäger hatte dessen damaliger Parteifreund Hestermann Sammlungen veranstaltet, angeblich, um dem in strenger Haft sitzenden Parteigenossen Unterstützungen und Erleichterungen zu verschaffen. Bald darauf begann dieser Hestermann eine eigenartige Rolle im sogenannten Halle'schen Erwerbslosenrat zu spielen. Mit noch einigen untreuen Gesellen sah der noch jugendliche Bursche, Zigaretten rauchend, im wohlgeheizten Raum und ließ sich's wohl sein, während man verheiratete Arbeitlose drangsalierte und durch tätliche Beschüsse noch um die Unterstützungspennie brachte. Nach einiger Abwesenheit tauchte der Bursche in Halle wieder auf, diesmal jedoch als einflußreicher Funktionär der K.P.D., der die K.P.D. aufs wüßteste beschimpfte. Das war sofort auffällig. Jetzt hat sich der Fall geklärt: Anlässlich der gestrigen Beurteilung des Jäger konnte ermittelt werden, daß dieser niemals einer Pfennig der Sammelgelder erhalten hatte. Zugleich wird bekannt, daß die K.P.D. einen flüchtig gewordenen Funktionär namens Hestermann wegen Unterschlagung von Sammelgeldern und anderen Delikten ausgeschloßen hat. Beide, der ausgeschloßene Geldkammer Hestermann und der biedere K.P.D.-Funktionär bzw. Erwerbslosenrat Hestermann sind miteinander identisch. Es ist bezeichnend für den moralischen Tiefstand der K.P.D., daß sie solchen notorischen Arbeiter-schläglern Unterschlupf gewährt.

Der „Linkskurs“ in Rußland.

Wegen sozialdemokratischer Gesinnung verhaftet.

In den Städten der Ukraine sind dieser Tage neue zahlreiche Verhaftungen von Personen vorgenommen worden, die unter dem Verdacht menschewistischer Gesinnung stehen. Die politische Staatsverwaltung (Tscheka) weiß bereits nicht mehr, wer sie verhaften soll, sie fährt aber in ihren Verhaftungen fort. Die letzten zahlreichen Verhaftungen fanden statt in Kiew, Chortow, Odessa, Kremenetschug, im Don-Gebiet usw. Welchen Umfang die Verhaftungen angenommen haben, geht daraus hervor, daß in einer so verhältnismäßig kleinen Stadt wie Kremenetschug etwa 70 Personen verhaftet wurden.

England und die Chinawirren.

London, 10. September. (TU.) Die Lage in Schanghai beschäftigt die englische Presse in außerordentlichem Maße. „Westminster Gazette“ schreibt: In den Unterhaltungen zwischen London und Washington muß etwas mehr erreicht werden als die Beendigung des gegenwärtigen Kampfes. Die Großmächte sollen den Versuch einer Intervention machen und die Ursachen dieser fortgesetzten Zusammenhänge beseitigen. Das mag schwierig sein, aber es ist das einzige Ziel, das eine Einmischung von außen rechtfertigen könnte. Auch der „Daily Telegraph“ beschäftigt sich mit der Lage in China an leitender Stelle und schreibt: Eine Möglichkeit, die bei irgendeiner gemeinschaftlichen Aktion der Großmächte erwogen werden muß, ist die der Zentralregierung in Peking ein Aktionsprogramm vorzuschlagen, die Einberufung einer Konferenz von allen denjenigen, die China in Wirklichkeit beherrschen, zustandzubringen, die Schaffung einer Art von Bundesrat zu versuchen, der in Wirklichkeit der gegenwärtigen Lage entspricht. Es muß hierbei daran erinnert werden, daß die englischen Interessen auf Seiten der Zentralregierung liegen. England ist indirekt in der Lage, die Zentralregierung Chinas zu beherrschen oder wenigstens aber ausschlaggebend zu beeinflussen, da die Haupteinnahmequellen der Zentralregierung unter englischer Verwaltung stehen.

Belagerungszustand in Schanghai.

Paris, 9. September. (TU.) Nach einer Meldung aus Peking ist das Europäerviertel von Schanghai in Belagerungszustand versetzt worden. Die Truppen King-Sus stehen nur noch acht Meilen von der Stadt entfernt. Sie haben sich in dem Borori-Boo-Sung festgesetzt. Dauernd treffen Nachrichten aus dem Kampfgebiet in Schanghai ein. Die europäischen Mächte haben Abteilungen von Marinefeldzeugen zum Schutze ihrer Untertanen in Schanghai untergebracht. Gestern morgen gegen 4 Uhr hörte man heftigen Kanonendonner und Gewehrfeuer.

Sunjatsen bekennt sich zum Bolschewismus.

Paris, 10. September. (TU.) Nach einer Meldung aus Hongkong hat der Präsident von Südhina, Sunjatsen, sich in einem Manifest als Anhänger der bolschewistischen Weltanschauung bekannt.

Gegen Verschacherung der Kassenpatienten.

Streikgelder als Ehrenlohn.

Vergangene Woche fand eine Versammlung der Ärzte der Kassenambulatorien statt, die sich mit der im Schiedsspruch zwischen Kassen und Ärzten niedergelegten Forderung der wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes auf ein Behandlungsmonopol für die Kassenpatienten beschäftigte. Diese Ärzteorganisation, die sonst immer vom „Arzt des Vertrauens“ faßelt, verlangt, daß die Kassen gezwungen werden sollen, ihren Mitgliedern zu verbieten, sich in den gut eingerichteten Ambulatorien behandeln zu lassen; sondern diese sollen nur für die Familienmitglieder bestimmt sein. Der Grund dieser Forderung der wirtschaftlichen Abteilung ist: Familienangehörige, wie kleine Kinder und Altersgebrechliche, stellen mehr Anforderungen an die Tüchtigkeit und die Zeit des Arztes, sind häufiger und länger krank. Je häufiger nun ein Patient auf einen Bon behandelt werden muß, je weniger Geld bringt dieser dem Arzt ein. Deshalb schieben schon sehr viele geschäftstüchtige Ärzte auch ihre Kassenpatienten mit chronischen Krankheiten in die Ambulatorien ab, nachdem sie den Bon für die erste und einzige Beratung an sich genommen haben.

Der zweite Punkt des Professes betrifft das Verlangen der wirtschaftlichen Abteilung, ihr die festangestellten Ärzte der Krankenkassen, die Kassenangestellte und keine frei praktizierenden Ärzte sind, in ihre Gewalt, Herr Mamlok vom „Berliner Tageblatt“ nennt es Jurisdiktion, zu bekommen. Diese Forderung zeigt, welche absonderliche Eitelkeit bei der organisierten Ärzteschaft herrscht. Zuerst nennt man die Ärzte, die nicht streikten, Verräter, die man an die Säure anhängen müsse und freit will man sie wegen eines lumpigen Beitrages in der K.K. haben. Wie das Gericht die Kampfesweise dieser Ärzte gegen die Ambulatoriumsärzte betrachtet, zeigt der Passus im Urteil des Landgerichts I vom 8. März 1924, der lautet:

„Eine solche Charakterisierung (die Bezeichnung Verräter) von Personen, die in einem Wirtschaftskampf nicht mitnimmten, stellt sich aber als eine Kampfesweise dar, die nicht dem entspricht, was sonst mit Rücksicht auf den Bildungsgrad, den hohen Beruf und die gesellschaftliche Stellung der deutschen Ärzte als fair bezeichnet werden kann.“

Diese Charakterisierung hat das Groß-Berliner Ärzteblatt noch nicht seinen Lesern mitgeteilt, und sie wurde unseres Wissens auch noch von keinem bürgerlichen Blatt gebracht. Das Gebaren der Ärzteführer wird aber doch besser gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Herren Swildorot, Dr. Sternberg, Scherer, Ritter, Freudenthal, Hotz und Breschner 15000 Goldmark von den Streikgebern, die für die notleidenden Ärzte gesammelt wurden, unter sich als Gratifikation — sie nannten es „Ehrenlohn“ — verteilten für ihre Arbeit während der Streikzeit ohne daß die Mitglieder offiziell etwas davon erfuhren. Diese genannten Herren haben aber eine große Kassen- und Privatpraxis. Wenn man diese Tatsachen liest, kann man die Empörung der Ambulatoriumsärzte verstehen, wenn ihnen zugemutet wird, sich diesen „Führern“ zu unterstellen. Vielleicht wird das Reichsgericht, vor das der Streit zwischen Krankenkassen und Ärzten, wenn die Gerichte sich bemächtigten, gebracht wird, diese Tatsachen zur Beurteilung der Sachlage in Betracht ziehen. Ein anderer Beweis für die „Zuerstfälligkeit“ dieser Führer ist der Bruch ihres Versprechens gegenüber dem Assistenzverband. Dieser stand mit den Kassen wegen Eintritts seiner Mitglieder in die Ambulatorien in Unterhandlung. Die wirtschaftliche Abteilung versprach u. a., sie würde bei ihren Mitgliedern für die Hebung der doppelten Sprechstellen, die getrennt nach Kassen- und Privatpatienten sind, einreden wenn die Assistenten nicht bei den Kassen eintreten würden. Im Schiedsspruch wehrten sich aber die Herren, die das Versprechen gemacht hatten, als die Kassenvertreter die Aufhebung der Sprechstellen verlangten, mit allen Kräften dagegen, indem sie sagten, dadurch würden 150 Kollegen außerordentlich in ihren Einnahmen geschädigt werden. Das nennt man unter honorierten Ärzten Treue um Treue.

Die Resolution der Ambulatoriumsärzte lautete deshalb: „Die im Bund beamteten Ärzte der deutschen Sozialversicherung zusammengeschlossenen Ambulatoriumsärzte erheben härtesten Protest gegen die Zumutung der wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes, die sie andauernd beleidigt und als Ärzte minderen Grades bezeichnet, unterstellt zu werden. Sie können es mit ihrer Selbstachtung nicht in Einklang bringen, einer Organisation anzugehören, deren Verhalten „nicht dem entspricht, was mit Rücksicht auf den Bildungsgrad, den hohen Beruf und die gesellschaftliche Stellung der deutschen Ärzte als fair bezeichnet werden kann“, wie das Urteil des Landgerichts I vom 8. März 1924 feststellt. Ferner verlangen sie, daß die Kassenmitglieder wie bisher in den Ambulatorien behandelt werden dürfen. Als Vorgehens haben die Ambulatoriumsärzte als festangestellte Ärzte der deutschen Sozialversicherung nur die Versicherungsverträge, also in erster Linie den Kassenverband. Aus den vorstehenden Gründen erwarten sie, daß der Kassenverband alles tun wird, um eine Revision des Schiedspruches hinsichtlich der Stellung der Ambulatoriumsärzte herbeizuführen.“

Abbau in Charlottenburg.

Alle sind unentbehrlich bis auf die Sozialdemokraten.

In Charlottenburg, dem 7. Groß-Berliner Verwaltungsbezirk, tags gestern der Abbauausfluß im Besitze des Bürgermeisters Augustin. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion ließen durch Genossen Hoeltj erklären, daß aus rechtlichen Gründen der Abbau der Bezirksamtsmitglieder unzulässig sei. Wahlbeamte dürfen unserer Meinung nach nicht abgebaut werden, weil die K.K. das nicht ausdrücklich bestimmt. Die Rechtslage sei zum mindesten sehr zweifelhaft. Absolute Klarheit herrsche aber darüber, daß die Bürgermeister und deren Stellvertreter unter keinen Umständen abgebaut werden dürfen. Baldes sind Einzelstellen mit Einzelgehalt, die nach § 23 des Gesetzes für Groß-Berlin nicht abgebaut werden dürfen. Bürgermeister Augustin gab zu, daß die Rechtslage außerordentlich unklar ist und die Bürgermeister sowie deren Stellvertreter geschützt sind durch das Gesetz für Groß-Berlin. Der Antrag der Sozialdemokraten, jeden Abbau zu vermeiden, wurde abgelehnt. Der Vorsitz der Demokraten, Syndikus Meyer, erklärte, daß die Rechtslage für sie von untergeordneter Bedeutung sei. Die Demokraten stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, zwei Mitglieder des Charlottenburger Bezirksamtes abzubauen. Sie treten damit dem Beschluß des Berliner Magistrats bei. Als nun beschlossen werden sollte, welche Personen abzubauen seien, erklärte Vorkämmerer Dettleffen, der Vertreter der vereinigten Bürgerlichen, also der stärksten Fraktion der Charlottenburger Bezirksverwaltung, keine Fraktion habe zu dieser Frage noch nicht endgültig Stellung genommen. Diese Erklärung erregte allgemeine Verwunderung, weil unter diesen Umständen die Zusammenberufung des Ausschusses überflüssig war. Schließlich einigte man sich auf eine kurze Vertagung, um den anwesenden Vertretern der Fraktionen Gelegenheit zu einer besonderen Aussprache zu geben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärten die Demokraten, der Bürgermeister-Stellvertreter Hirsch dürfe unter keinen Umständen abgebaut werden. Sie beantragten, Stadtbaurat Winterstein und Genossen Stadtrat Karrer, den Deputierten des Arbeitsamtes, abzubauen. Genosse Hoeltj wandte sich entschieden gegen den Abbau Karrers, der als Leiter des Arbeitsamtes ganz besonders befähigt sei. Nun folgte die interessante Erklärung des Vorsitzers Dettleffen, er sei nicht in der Lage, so sagen, wer abgebaut werden müsse, da kein offizieller Beschluß seiner Fraktion vorliege. Er könne nur darüber berichten, welche Bezirksamtsmitglieder nach Meinung der Bürgerlichen nicht abgebaut werden dürfen. Aus streng „sachlichen“ Gründen seien alle Mitglieder des Bezirksamtes un-

entbehrlich bis auf die beiden Sozialdemokraten Hirsch und Karrer.

Nach dieser „sachlichen“ Musterleistung werden sich die Herren auf heftige Kämpfe gefaßt machen müssen. Das ist der Versuch, rücksichtslos und brutal gegen Männer vorzugehen, die den Bürgerlichen aus politischen Gründen verhaßt sind. Ob die Herren diesen „edlen“ Zweck erreichen, hängt davon ab, ob alle Bürgerlichen und die Kommunisten diese unanständige Handlungsweise unterstützen und ob die Demokraten in der Bezirksversammlung mit so anerkannter Entschiedenheit austreten, wie sie das im Ausschluß getan haben.

Das Gläschen Likör.

Ein neuer und gefährlicher Gaunertrick.

Mit einem ganz neuen Trick arbeitet ein Gaunerpaar, dessen die Kriminalpolizei noch nicht habhaft werden konnte. Ein am Luisenpark wohnhaftes älteres Ehepaar Schmidt hatte vor einigen Tagen ein Inzerat erlassen, daß sie zwei antike, sehr wertvolle Schränke zu verkaufen wünschten. Auf dieses Inzerat hin meldete sich eine Frau, die Frau Schmidt gegenüber jedoch äußerte, daß sie erst Rücksprache mit ihrem Manne nehmen müsse, der ebenfalls die zum Verkauf stehenden Sachen gern gesehen hätte. Nachdem sich die Frau entfernt hatte, erschien ein paar Stunden später ein gut gekleideter Herr, der sich als Ehemann vorstellte und ebenso gern die Schränke zu kaufen wünschte. Im Laufe der Unterhaltung ließ er durchblicken, daß er Vertreter einer großen Vorkriegsfabrik sei. Um Frau Schmidt einen Begriff von der Güte der Fabrikate seiner Firma zu geben, zog er ein sogenanntes Probegläschen aus der Tasche und identisch Frau Schmidt ein Gläschen voll ein. Als Herr Schmidt spät abends heimkam, suchte er zuerst vergeblich nach seiner Frau. Nach längerem Suchen fand er keine Frau in einem von dem Ehepaar sonst wenig benutzten Zimmer bewußtlos auf dem Boden liegen. Sämtliche Behältnisse waren erbrochen und Wäsche, Silber und die gesamten Erparnisse der Eheleute hatte der „Bisforfende“ mitgehen lassen. Mit Hilfe des herbeigerufenen Arztes gelang es, Frau Schmidt ins Bewußtsein zurückzurufen. Nach ihrer Beschreibung war der „Reisende“ ein etwa 30 Jahre alter Mann von mittlerer Größe, mit dunkelblondem Haar. Er trug einen grauen Jacketanzug und dunkelbraune moderne Halbschuhe.

Das Rotgeld der Reichsbahn aufgerufen.

Der Reichsminister der Finanzen hat im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister das wertbeständige, auf Goldmark und Dollar lautende Rotgeld der deutschen Reichsbahn mit den Ausgabedaten vom 23. Oktober und 7. November 1923 mit Wirkung vom 15. September 1924 aufgerufen. Die Einlösungsfrist läuft bis einschließlich 15. Oktober 1924. Die Einlösung kann bei sämtlichen Kassen der deutschen Reichsbahn, Fabrikanten, Gepäcks-, Eilgut-, Güter-, Stations- und Hauptstellen erfolgen. Hiermit ist nunmehr das gesamte von der deutschen Reichsbahn ausgegebene Rotgeld — auf Papiermark lautende sowie auf Goldmark und Dollar lautende Rotgeld — zum Aufruf gelangt.

Hermannplatz wird Kreuzungsbahnhof. Das Nachkriegsamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Untergrundbahnhof Hermannplatz als Kreuzungsbahnhof, ähnlich dem Hochbahnhof Gleisdreieck, auszubauen. Er hat sich aus dem Grunde für einen Kreuzungsbahnhof entschieden, weil hierdurch der wichtige östliche Verkehr besser erfährt wird, die Betriebsführung sich einfacher und sicherer gestaltet und die Wirtschaftlichkeit beider Bahnen günstiger sich auswirkt.

Orkan und Unwetter in Süddeutschland.

Weitere Verschiebung des nächsten Aufstieges des J. R. 3.

Friedrichshafen 10. September. (Drahtbericht.) Der Kommandant des J. R. 3, Dr. Geener, hatte am gestrigen Dienstag Nacht behalten, als er im Hinblick auf die Wetterlage aus Vorsichtsgründen von dem Antritt einer weiteren Probefahrt abließ. Am gestrigen Nachmittag gegen 5 Uhr brach in Friedrichshafen ein orkanartiger Föhn los, der eine solche Stärke erreichte, daß wegen des zu hohen Wellenganges auf dem Bodensee der Dampferverkehr teilweise eingestellt werden mußte. Im Telefonverkehr mit Friedrichshafen sind große Störungen eingetreten. Am heutigen Mittwoch hat der Wind nachgelassen, doch wurde in den Vormittagsstunden die ursprüngliche Absicht, heute zur Schweizer Fahrt aufzubrechen, wieder aufgegeben, da die Wetterberichte immer noch ungenügend sind. Alle in Frage kommenden meteorologischen Stationen haben für die nächste Zeit schlechtes Wetter angekündigt, so daß der nächste Aufstieg des J. R. 3 vermutlich erst in einigen Tagen erfolgen dürfte.

Ein verheerendes Unwetter suchte am Dienstag die Umgebung von Lehr heim. Von Südwesten nach Nordosten zog in mäßiger Breite ein Orkan über das Land und richtete u. a. auch in den Wäldungen schweren Schaden an. In Krausenhausen wurden zahlreiche Dächer abgedeckt, in Kippachheim eine große massive Halle mit Viehställen vernichtet. Zahlreiche Telefonleitungen wurden umgelegt und etwa 600 Bäume entwurzelt. Auch in Reichenbach hat das Unwetter furchtbar gekostet, das mit diesen schwerbeschädigten oder völlig zerstörten Häusern einem bescheidenen Orte gleich. Durch den Einsturz einer Schranke fand ein Landwirt den Tod. In Fuhbach wurden neben einigen Privathäusern hauptsächlich das Gebäude der Kreispflegeanstalt mit seinen Inhalten stark mitgenommen. Die erst im vorigen Jahre neuerrichtete Siedelkammer des Frauenbundes wurde in einer Höhe von sieben Metern weggeführt. Die gegenüberliegende Siedelkammer wurde nach außen gedrückt. Elf Männer und vier Frauen der Anstalt wurden verundet, darunter eine Person schwer.

Er mordung einer Wiener Schriftstellerin. Am Montag wurde die Schriftstellerin Dr. Hermine Hug-Heimuth in ihrer Wohnung in Wien ermordet aufgefunden. Als Mörder wurde ihr 18jähriger vorbestrafter Neffe Rudolf Hug-Heimuth verhaftet. Nach anfänglichem Leugnen legte er ein Geständnis ab. In der Wohnung des Mörders wurden außer zwei Millionen Kronen eine Uhr aus dem Besitze der Ermordeten gefunden.

Die amerikanischen Wellflieger in Washington. Die amerikanischen Wellflieger, die infolge Rebells gezwungen waren, in Aberdeen eine Zwischenlandung zu unternehmen, sind in Washington gelandet. Präsident Coolidge, der sie empfing, hatte auf dem örtlichen Flugfeld mehrere Stunden auf sie gewartet.

Wetter für morgen.

Wetter für Berlin und Umgebung. Heutlich kühl, mit nachlassenden Winden und vorübergehender Aufhellung.
Für Deutschland. Im äußersten Nordosten noch windig und Regenschauer, sonst Bewölkung und Besserung des Wetters.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einzelnummern für diese Rubrik 2.
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2.
Wies an den Postsekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

14. Okt. Deuts. Mittw. 7 1/2 Uhr. Zahlabend in folgenden Lokalen: Start, Postufer Str. 14, Gilmard, Postufer Str. 24, Die Begleitende, Zimmermann, Zahn und Bielermer del Bogers, Graunstr. 17, Ede Gleimstr.
92. Okt. Kustöln. Der Zahlabend der Bezirke 49-50 und 70/73 findet nicht bei Schneider, Rosenstraße, sondern bei D o b b e, Richardstr. 108, statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Schloßhof Bedruckt. Mühlstr. 25, mit seinen Filialen Frankfurt a. M. und Kollnsee-Damm 18 bringt wieder eine Reihe billiger Angebote in Schulnummern. Wir verweisen noch besonders auf das heutige Inzerat.

Gewerkschaftsbewegung

Ungewollte Geständnisse.

Wenn auch nur um einen Zahlabend geht.

Es ist am Ende mit dem kommunistischen Latein. Man muß die Anhänger mit allen Mitteln in die Versammlungen zu treiben suchen. Sogar, indem man ihnen mit „Berlinerisch“ kommt, und zwar mit einem solchen, das die Proleten — wie sich die Kommunisten gern selbst nennen — direkt verhöhnt.

Also da wird in der „Roten Fahne“ im schönsten Spree-Roskowitz der „Wille“ gefragt, ob er auch nicht etwa den Abteilungsabend verfolge. Und „Wille“ antwortet darauf nicht uneben:

Ku ja, mit die Gewerkschaften, der hab ich bis oben ran. Dauand ham wa uns mit die Bonzen in die Gewerkschaften rumgehau und nu solln wa diese Veräter unsere Groschen immer wieda in'n Schluß schmeißen. Aee, da mach ich nicht mehr mit.

„Wille“ hat den ganz richtigen Instinkt. Aber deshalb gerade muß er nun eines besseren belehrt werden. Also wird ihm zugeredet:

Erstens mal bist du jaor nich im Bilde, warum wa gerade jetzt in die Gewerkschaften arbeiten müßn. Bis jetzt ham wa ja bloß sequascht über der Sachverständigenautachten. Aber jetzt jehis eben um de Wurfst. Jetzt kommst druff an, der wa nich nua 'n jrohet Maul ham, sondern ooch wirkliche Kämpfe organisierten, politische und wirtschaftliche. Na und dazu brauch'n wa eben die Gewerkschaften und wenns da noch so jehen 'n Stück jehit! Un dazu brauch'n wa ooch ne feste Partei, die die ganze Aktion jehen der Londoner Abkommen richtig in die Wege leitet.

Na, schließlich muß „Wille“ doch wohl eingesehen haben, daß man die „Gewerkschaften“ braucht, wenn wirkliche Kämpfe geführt werden sollen. Deshalb will er nochmal in die Abteilung kommen, damit er dort völlig davon überzeugt werde, warum er „nich nua 'n jrohet Maul ham“ dürfe, sondern auch „den Veräteren“ wieder die „Troschen in'n Schluß“ werfen muß.

Es geht wirklich bergab mit der kommunistischen Herrlichkeit. Sie müssen schon zu den dümmsten Anreizermitteln Zuflucht nehmen, um nur noch für Augenblicke Behör bei „Wille“ und seinesgleichen zu finden.

Zur Wahl der Beamtenausschüsse bei der Reichspost.

Am 28. und 29. September findet bei der Deutschen Reichspost (einschl. Bayern und Württemberg) die Neuwahl zu den Beamtenausschüssen statt. Nachdem wir bei der Wahl im Jahre 1922 es abgelehnt hatten uns zu beteiligen, weil die Bestimmungen für die Wahl und Betätigung dieser Ausschüsse völlig unzureichend waren und die Beratung des Beamtenrätegesetzes beschränkt, nehmen wir — der Deutsche Verkehrsverband und die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft — jetzt zum erstenmal an den Beamtenauswahlwahlen teil. Wir kämpfen unter der Parole:

Freies Berufsbeamtentum.

Die „neutralen“ Postbeamtenverbände eröffnen den Wahlkampf gemeinsam mit dem Kennwort: „Berufsbeamtentum“. Die christlichen Gewerkschaften haben eine „Einheitsliste“ aufgestellt.

Die deutsche Post- und Telegraphenbeamtenchaft kann bei diesen Wahlen durch Abgabe ihrer Stimme für die Liste „Freies Berufsbeamtentum“ beweisen, daß sie diejenigen Organisationen unterstützt, die bereit sind, sich mit allem Nachdruck und unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel für die Verbesserung ihrer Gehalts- und Dienstverhältnisse

einzusetzen. Die weiler dafür eintreten, daß an Stelle der heutigen Beamtenauschüsse mit größter Beschleunigung ein

freiwilliges Beamtenrätegesetz

tritt, worin das Mitbestimmungsrecht auch für die Beamenschaft gesetzlich festgelegt ist. Beamtenverbände, die sich auf Zwangsmittel stützen, denen die Beiträge durch den Arbeitgeber — Postfassen — abgehalten werden, unterscheiden sich in nichts von den gelben Werkvereinen. Die neutralen Postverbände und die christliche Deutsche Postgewerkschaft, die dieses System der Beitragssatzierung anwenden, sind also gelbe, wirtschaftsfeindliche, durch den Unternehmer, die Deutsche Reichspost, unterstützte Vereine, die sich zu Unrecht die Bezeichnung Gewerkschaft zugelegt haben. Ihre Berufserretzung besteht lediglich aus Ueberreizung von Positionen, Unterstellungen und Verbilligung von Bobefuren. Außerdem geben sie noch eine Zeitung heraus. Alles andere überlassen sie der Verwaltung und den Volksovertretern.

Jeder freiwillige Beamte muß daher am Tage der Wahl von diesen Organisationen abrücken und seine Stimme nur abgeben für die Liste „Freies Berufsbeamtentum“, Deutscher Verkehrsverband, Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft.

Zum Kampf in der Wiener Metallindustrie.

Die Unternehmer hufen zurück.

Wien, 10. September. (WIZ.) Die Streikbewegung unter den Metallarbeitern hat gestern noch weiter um sich gegriffen und umfaßt jetzt etwa 24 000 Arbeiter. Die Volkserfassung des Industriellenverbandes sollte gestern noch zweifelhafte Beratung einen Beschluß, worin der Auffassung Ausdruck gegeben wird, daß eine Lohnhöhung vor der Metallindustrie in der jetzigen schweren Krise nicht getragen werden könne. Die im November vorigen Jahres erzwungene Lohnhöhung habe sich in Reduzierungen und Sperrungen zahlreicher Betriebe zum Schaden der Volkswirtschaft, der Industrie und der Arbeiterschaft gezeigt, insbesondere die Lage in der Metallindustrie habe sich seitdem wesentlich verschlechtert. Das Bestreben, die materielle Lage der Arbeiterschaft wirklich zu verbessern, könne daher nur von der Grundidee ausgehen, das Roheinkommen zu erhöhen, ohne die Produktionskosten zu steigern. Die Volkserfassung ermächtigt das Lohnkomitee, auf dieser Grundlage sofort in Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband einzutreten und auch jeden anderen brauchbaren Vorschlag in die Verhandlung zu ziehen, welcher zu diesem Ziele führt.

Die hierzu aus Industriellentreifen verlaute, soll der Versuch gemacht werden, eine Verminderung der Volksumsatzsteuer und der städtischen Fürsorgeabgaben durchzusetzen, um aus diesen Ersparnissen die geforderten Lohnhöhlungen zu bestreiten. Der Beschluß des Industriellenverbandes wurde sogleich dem Bierziger-ausschuss der Metallarbeiter mitgeteilt.

Wien, 10. September. (CP.) Die Vorstände sämtlicher Wiener Gewerkschaften haben in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung beschlossen, den Kampf der Metallarbeiter, in dem es nicht nur um Lohnfragen, sondern um die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft geht, zu einem Kampf aller organisierten Arbeiter Wiens zu machen.

Nach diesem Beschluß sind die Unternehmer vor ihrer ursprünglichen Forderung, Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit, bereits zurückgekommen. Eine Lohnhöhung denken sie sich vorläufig so, daß sie vom Staat bzw. der Stadt durch Steuernachlaß getragen wird. Da sie aber

auch auf jedem anderen brauchbaren Vorschlag einzugehen bereit sind und durch Nationalisierung der Betriebe die Löhne erhöht werden können, ohne die Produktionskosten zu steigern, ist eine Verständigung nicht ausgeschlossen.

Die Saarbergarbeiter gegen Lohnkürzungen.

Die Erregung, die infolge der Entlassungsankündigung innerhalb der Bergarbeiterchaft herrscht, hat sich durch die Preissenkung erheblich verstärkt, wonach der Generaldirektor der Saargruben und der zuständige Direktor des französischen Arbeitsministeriums der Regierungskommission des Saargebietes gegenüber in Genf sich dahin ausgesprochen haben, daß nur dann eine Ermäßigung der Kohlenpreise möglich sei, wenn ein Abbau der Bergarbeiterlöhne erfolge. Anlässlich einer Konferenz der hiesigen Bergarbeiter wurde in einer Entschließung erklärt, daß die Bergleute mit aller Entschiedenheit sich zur Wehr setzen würden, falls man versuchen sollte, ihre Löhne herabzusetzen. Die zurzeit geltenden Löhne seien schon sehr niedrig. Eine weitere Verschlechterung der Löhne würde zu den schlimmsten Folgen führen.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 10. September. (TU.) In Borinage ist es gestern zu Zwischenfällen gekommen. Auf Veranlassung der Regierung sind sofort bedeutende Gendarmereabteilungen nach Ort und Stelle abgeordnet worden. Die meisten Streikenden befinden sich in großer Not. Beteiligungen, die auf eine Beilegung der Streikbewegung abzielen, sind bereits seit einigen Wochen im Gange. Die Arbeitgeber haben einen Kompromißvorschlag der gemischten Arbeitskommission angenommen, wonach die Lohnkürzungen bestimmter Arbeiterkategorien in möglichst schonender Form vorgenommen werden sollen und die Regelung der Lohnfrage regionalen Ausschüssen überwiesen wird. Die Arbeitervertreter werden diesen Vorschlag ihren Organisationen unterbreiten.

Achtung, Kartonnagenarbeiterinnen! Sämtliche Kartonnagenarbeiterinnen der Firma Weisner u. Kurz, Buxtehuderholzer Straße, sind erlassen, weil sie dem Abbau der Löhne zustimmen. Bei der Firma Julius Borchardt, Grüner Weg, sind die gleichen Differenzen ausgebrochen. Wir eruchten, in den genannten Betrieben keine Arbeit anzunehmen.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Vollzeit: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Göttsche; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familienrat: A. G. Döhrer; Soziales und Sonstiges: Fritz Rathardt; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhards-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhards-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8.

Technische Lehrvorträge und Übungen für Kaufleute

veranstaltet von der Gesellschaft zur Verbreitung technischen Wissens in der Kaufmannschaft m. b. H. Hochbau - Tiefbau - Maschinenbau Elektrotechnik - Gas, Wasser, Heizung und Lüftung. Beginn der Vorträge: Mitte Septbr. 1924. Drucksachen und Auskünfte kostenlos da, wo die Geschäftsstelle: Dr. Hauser, Charlottenburg, Störstr. 1. Sprechstunden: Mittwoch und Sonnabends 4-5 nachm., sowie Sonntags v. 11-12. Fernsprecher: Westend 208 und 695.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Handwerke Berlin N24, Eisässer Str. 66-68. Fernsprecher: Norden 1198. Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel. Ausfuhr sämtl. Reparaturen. Preiswerte, gediegene Arbeit. Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Geschäftsstelle billig!

Bei uns billig

trotz steigender Lederpreise

5⁹⁰

Erstklassiges Material, sehr gut Fabrik, beste Korkleder - Sohlen

3⁹⁰



Warmen Schnallstiefel, schwarzer Stoff mit Lederbesatz 1⁹⁵

Damen Hausschuhe feiner Elmdstoff 95

Damen-Leder-Hausschuhe gutes Spätlein 1⁹⁵

Damenschneiderschuhe K-Cheveau und Citronleder 4⁹⁰

Breite Schiebespange Allensaut, braun, grau u. schwarz, la Fabrikat 4⁹⁰

Braun und schwarze Boxkalf Schmitz- od. Schiebespange, la Material u. Form 9⁸⁰

Orig. Goodyear Welt braun und schwarz, la Material 10⁹⁰

Amerikan. Damenstiefel lange, spitze Formen, braun und schwarz, gutes Material, passend für schmale Füße 4⁹⁰

Herrenstiefel echt Boarded und braun Halbleder, sehr haltbar 7⁹⁰

Herrnhalbschuhe erstkl. Fabrik, Boarded u. Cheveau, mod. Form 7⁹⁰

do., Orig. Goodyear Welt erstklassiges Fabrikat 9⁸⁰

Braune Herrenstiefel echt Boarded u. schwarz, echt Boxkalf, mod. Form 9⁸⁰

Braune Herrenhalbschuhe, halbh. Form, sehr gut. Mat. u. Fabrik 9⁸⁰

Herrenstiefel Orig. Goodyear Welt, la Material 12⁵⁰

Schuh-Lokal

Minxstr. 25

Frankfurter Allee 54
Holtzauer Damm 13

Kinderstiefel 18-20, gut. Leder, gut. Leder-sohle, groß. Kinderstiefel billig 1⁹⁰

Warme Schnallstiefel schwarzer Stoff mit Lederbesatz und Sohlen 21-25 LBS. 1⁷⁵

Babyschuhe versch. Must. weiß u. farbig, Spange, Knopf etc. 95 Pf

Schluß unserer Serien-Tage zu sensationell billigen Preisen!

Emaille

nur gute schwere Ware, bedeutend unter Preis

2 Kasseroellen blau oder grau 0.95

3 Kumpen 0.95

1 Emailleschüssel 38 cm 0.95

1 Emaillekocher weiß, 3 Liter 1.95

1 Behälter (Sand, Soda, Seife) weiß 2.95

1 Zwiebelbehälter weiß 0.95

1 Kochtopf 24 oder 26 cm 1.95

1 Löffelbrett weiß, mit 3 Löffeln 2.95

2 Milchtöpfe blau oder grau 0.95

1 Topflappenbehälter weiß 0.95

1 Waschbecken weiß, extra groß, Porzellanform 2.95

1 Wasserkessel blau gestanzt, 20 cm 2.95

1 Wassereimer grau 0.95

1 Toilettenimer Porzellanform 4.90

Steingut

1 Kartoffelschüssel oval mit Deckel 1.95

5 Dessertteller weiß 0.95

3 Abendbrotteller Rosendekor 0.95

1 Bratenplatte weiß, 34 cm 0.95

2 Milchtöpfe weiß 0.95

1 Suppenterrin weiß mit Deckel 2.95

1 Waschkrug und 1 Becken, fein dekoriert 2.95

5 Speiseteller Paston-Goldrand 1.95

1 Waschkrug dekoriert 0.95

3 Speiseteller Obalstrand 1.95

6 Tassen bunt dekoriert, Schalenform 0.95

6 Speiseteller bunt dekoriert 0.95

6 Schüsseln auf Fuß 0.95

2 ovale Compottieren 0.95

1 Bratenplatte 40 cm 0.95

12 Esteller weiß, tief und flach 0.95

Aluminium

12 Eßlöfel 0.95

6 Gabeln und 6 Kaffeelöffel 0.95

1 Brotfrühstückdose 0.95

1 Brotplatte 0.95

1 Kochtopf 22 cm, gute Qualität 1.95

1 Kasseroelle 20 cm 1.95

1 Kochtopf 24 cm, gute Qualität 2.95

1 Maschinentopf schwer, 14 cm 1.95

Waschwannen und Einkgefäße in großer Auswahl zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Leinwand und Reise-Artikel sowie Tafel- und Kaffee-Service in großer Auswahl enorm billig!

Porzellan-Emaille-Markt Johanna Bödel

Spezialgeschäft größten Stils

Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 30-31